

## Bewegen, was uns bewegt



Es reicht! Wir wollen mitbestimmen – es geht auch um unsere Zukunft

### Gen Z will lieber die jetzige Rente für Rentner kürzen statt Steuern zu erhöhen

Eine neue Umfrage des Cato Institute zeigt einen deutlichen Generationenkonflikt um die Zukunft der Rente. Demnach sprechen sich viele jüngere Befragte eher dafür aus, Leistungen für heutige und künftige Rentner zu kürzen, als höhere Abgaben für junge Arbeitnehmer hinzunehmen. Die Aussage ist brisant, weil Social Security in den USA seit Jahrzehnten als Versprechen zwischen den Generationen gilt. Wer heute arbeitet, finanziert über Lohnabgaben die Leistungen der heutigen Rentner. Im Gegenzug erwartet die arbeitende Bevölkerung, später selbst abgesichert zu sein. Die Umfrage stammt aus den USA, zeigt aber, wie auch in Deutschland der Generationskonflikt ansteigen könnte.

#### Ein Generationenvertrag unter Druck

Das amerikanische Rentensystem steht vor wachsenden Finanzierungsproblemen. Nach Angaben der Social Security Trustees könnten die kombinierten Reserven der Renten- und Invaliditätsprogramme im Jahr 2034 erschöpft sein. Danach wären nach heutiger Rechtslage noch rund 81 Prozent der zugesagten Leistungen finanzierbar. Diese Prognose bedeutet nicht, dass Social Security vollständig verschwindet. Sie zeigt aber, dass ohne Reformen entweder Einnahmen

steigen, Ausgaben sinken oder beide Seiten angepasst werden müssten. Genau an dieser Stelle zeigt sich der Konflikt zwischen jüngeren und älteren Wählern.

#### Auch in Deutschland wächst der Generationskonflikt

Auch in Deutschland ist die Debatte um die Finanzierung der gesetzlichen Rente von ähnlichen Spannungen geprägt. Die Alterung der Gesellschaft führt dazu, dass immer weniger Beitragszahler für immer mehr Rentner aufkommen müssen. Dadurch wächst der Druck auf Politik und Sozialversicherung, entweder Beiträge zu erhöhen, das Rentenniveau anzupassen oder mehr Steuermittel einzusetzen. Für jüngere Generationen in Deutschland stellt sich damit eine vergleichbare Gerechtigkeitsfrage. Viele Berufseinsteiger zahlen bereits hohe Sozialabgaben, während sie zugleich mit teuren Mieten, unsicheren Erwerbsbiografien und der Sorge vor einer späteren Versorgungslücke konfrontiert sind.

Weitere Information: [www.gegen-hartz.de/news/gen-z-will-lieber-die-jetzigere-rente-fuer-rentner-kuerzen-statt-steuern-zu-erhoehen](http://www.gegen-hartz.de/news/gen-z-will-lieber-die-jetzigere-rente-fuer-rentner-kuerzen-statt-steuern-zu-erhoehen)

*Carolin-Jana Klose, Autorin bei Gegen-Hartz.de*

### Leserbrief an Bundeskanzler Friedrich Merz mit der Bitte um Weiterleitung

#### Kanzler Merz hat einen Eid zum Wohle des Deutschen Volkes geschworen. Geblieben sind leere Worte.

Deutschland hat für den Ukraine Krieg bereits 90 - 100 Milliarden Euro als Unterstützung an die Ukraine überwiesen. Jetzt gibt die Regierung Merz bekannt, dass weitere deutsche Milliarden zur Sicherung des Staatshaushaltes folgen werden. Mit dem Ergebnis, in Deutschland fehlen überall Gelder für den notwendigen Aufbau der Infrastruktur, Energiepreise und Lebenshaltungskosten steigen, immer mehr Pleiten, es droht vielen der Mittelschicht der gesellschaftliche Abstieg und die Altersarmut, besonders unter Rentnern, steigt beängstigend.

#### Hier möchte ich unserem „Er kann es nicht Kanzler“ mal in die Realität zurückholen.:

Letzte Woche konnte man in vielen Zeitungen nachlesen, „Der Ukrainer Rinat Achmetow kaufte 21 Zimmer Wohnung in Monaco für 471 Millionen Euro. Unglaublich oder? Aber es geht noch weiter. Laut Presseberichten hat jedes 2. Luxusauto in Monaco (Ferrari, Lamborghini, Porsche etc.) ein ukrainisches Kennzeichen. Verrückt oder? Bei uns werden dem Bürger die letzten Cents aus der Tasche gezogen, während superreiche Ukrainer lachend in der Sonne sitzen. So geht das nicht Herr Merz! Die Menschen in Deutschland helfen den Uk-

rainern gerne, aber ausnutzen, zugunsten der vielen Oligarchen und Superreichen, lassen wir uns nicht.

Nur zur Ihrer Erinnerung: Wer in Deutschland als Deutscher beim Staat aus Not eine Unterstützung oder Hilfe beantragt, muss erstmal seine privaten Finanzen offenlegen und seine Bedürftigkeit nachweisen. Sonst gibt es kein Geld. Wie bei der Frau, deren Mann einen schweren Schlaganfall hatte und direkt in die Pflege überstellt wurde. Schon 14 Tagen später erschien ein Mitarbeiter des Sozialamtes mit der Frage nach den finanziellen Rücklagen. Wenn nicht der Heim-Beitrag erbracht werden kann, muss das Haus verkauft werden. So geht der Staat mit seinen Bürgern um, aber großspurig unser Steuergeld in der Welt verschenken.

Ich fordere Sie auf, Herr Merz, gleiche Regeln für alle. Erstmal sollen die Superreichen in der Ukraine ihren finanziellen Beitrag leisten, bevor wir weiterhin Geld dorthin überweisen. In diesem korrupten Land ist mehr Geld versteckt als deutsche Politiker wissen wollen. Es ist ihre Aufgabe diesbezüglich klare Forderungen an die ukrainische Führung zu stellen. Auch mit der Drohung, dass sonst keine Zahlungen mehr erfolgen werden. Wenn Sie das nicht können oder wollen, dann treten Sie so schnell wie möglich zurück.

*V. Reinhard*

*Mitglied der Partei der Rentner - PDR*